

Mit revolutionären Phrasen kommen wir nirgends hin

Autor(en): **Vogel, Paul Ignaz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **58 (1979)**

Heft 5

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339539>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Paul Ignaz Vogel

«Mit revolutionären Phrasen kommen wir nirgends hin»

Probleme der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern



Am 6. November 1918 traf sich die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern im Büro des Metallarbeiterverbandes in Bern, um die politische Lage zu besprechen. Im Protokoll heisst es: «Grimm bespricht nun die durch die internationalen Verhältnisse geschaffene Lage der Schweiz. Er kritisiert die durch den Parteivorstand aufgestellten Forderungen und wünscht sie dahin zu erweitern, dass wir das Frauenstimmrecht, die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht, eine Reorganisation des Heerwesens im Sinne der Gleichstellung von Offizieren und Soldaten, das Handelsmonopol, die Konfiskation der grossen Vermögen, Verbesserung der Postsparkassen, Alters- und Invalidenversicherung und eine schärfere Lebensmittelkontrolle verlangen. Mit revolutionären Phrasen kommen wir aber nirgends hin.»¹

Zur Zeit des Landesstreikes forderte Robert Grimm soziale Reformen, er wandte sich gegen revolutionäre Phrasen. In dieser Absicht politisieren noch heute die Mehrzahl der bernischen Genossinnen und Genossen, und sie machen rund einen Drittel aller SP-Mitglieder in der Schweiz aus.

Die SP des Kantons Bern beweist denn auch ein gesundes und ungetrübtes Verhältnis zur demokratischen Staatsmacht: Heute stellt sie 55 von 186 Grossräten, 10 Nationalräte, 3 von 9 Regierungsräten, 6 Schulinspektoren, 8 Regierungsstatthalter, 4 Betreibungs- und Konkursbeamte, 12 Gerichtspräsidenten, 8 Obergerichte (2 davon Versicherungsrichter) und einen Bundesrichter.

Probleme ergeben sich aber für die Partei, die sich gerne bieder und handfest gibt, durch den Eintritt von zahlreichen Intellektuellen in der Folge der 1968er-Bewegung. Der Schwung der Jungen, ihr Ideenreichtum,

ihr ideelles Verhalten und auch ihre «Soziologensprache» haben in den städtischen Parteien, vor allem in der Universitätsstadt Bern zu einem Bruch in den Sektionen geführt. Beamte, Trämmer, einfache Arbeiter fühlen sich entfremdet, und auch der Versuch, sie mit roten Fahnen und der Erinnerung an die «gute alte Zeit» unter Robert Grimm und seinen Nachfolgern wieder in die von jungen Kadern geführten Sektionsversammlungen zu bringen, hat vorderhand noch keine positiven Folgen bei den Wahlen gezeigt. Der gute Wille ist unbestritten, die Absicht edel.

Es fehlen die jungen Arbeiter und Angestellten als Zuzüger in die Partei. Es gelingt nicht und will nicht gelingen, sie anzusprechen. Wie die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Tageszeitung «Berner Tagwacht» berichtete, machten in der Parteisektion Länggasse in Bern im Jahre 1977 die Jahrgänge 1886 bis 1930 drei Viertel, die Jüngeren bloss ein Viertel aus. Von den Jahrgängen 1911 bis 1925 waren 58 Prozent Arbeiter, 12 Prozent Hausfrauen und 3 Prozent Freiberufliche, von den Jahrgängen 1946 bis 1960 aber 50 Prozent Akademiker und Studenten und 0,5 Prozent gelernte Arbeiter. Nebst einer eindeutigen Überalterung der Mitgliedschaft steht die Tatsache im Vordergrund, dass die jungen Intellektuellen hundertmal stärker vertreten sind als die jungen Arbeiter.

Die ältern Genossen haben in der Partei des Kantons das Zepter aus den Händen gegeben, aber viele machen die Faust im Sack. Sie erinnern sich noch gerne an die Zeit der autoritären Führung der Parteipolitik durch Führerpersönlichkeiten wie Grimm, Reinhardt, Robert Bratschi, Düby, Grütter und Schneider. Die alte Generation der Genossen wird wegen ihres «Personenkultes» beschimpft und unschöne Worte wie «Mafiamedioden» fallen. «Die Jungen sollen es nun besser machen», sagen verbittert die Alten und lassen die unerfahrenen Jungen zuerst mal Misserfolge buchen. Der Wille zur Zusammenarbeit zwischen den Generationen ist geschwunden.

Die Probleme in den städtischen Parteien sind grösser geworden, weil sich die Städte entvölkern, zu Verwaltungszentren werden und die zum Teil teuer renovierten Altbauwohnungen für mittlere Angestellte und Arbeiter unerschwinglich geworden sind. So ist es einer jungen Garde von Intellektuellen gelungen, zuerst mal die Macht zu übernehmen.

Experimentierfeld

Die bürgerliche Tageszeitung «Der Bund» unterzog den Stadtberner Parteipräsidenten einem aggressiven Interview. Peter Vollmer sagte: «Unsere Partei besteht ja nicht nur aus zwei Flügeln, sondern aus verschiedensten Gruppen, Interessen und Auffassungen. Das Wegkommen von verkrampten Positionen ist fruchtbar für die Partei.» Diese Antwort galt der Frage des «Bundes»: «Bisher standen sich in der Berner SP zwei Gruppen gegenüber, die Jungen, Stürmischen und der grosse Harst der übrigen Mitglieder, der sich vorab aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen rekrutierte.

Heute stellt man fest, dass die SP offenbar in viel mehr Gruppen zerfällt. Dies um so mehr, als sich gute wichtige Leute heute von der Partei abwenden.»²

Es scheint fast, dass die Parteiführung der SP des Kantons Bern der jungen Garde die Hauptstadt als Experimentierfeld überlassen hat; im Gegensatz zum Kanton Zürich gehen die Impulse nicht mehr von der Partei der Kantonshauptstadt aus, sondern kommen aus ländlichen Gebieten und regionalen Zentren. Regionen erheben den Führungsanspruch auf die Gesamtpartei, der Einfluss der Stadt-Berner Partei ist eindeutig geschwunden.

Bern ist eine Beamtenstadt, aber auch eine Universitätsstadt. Die gegenwärtige Politik der Stadtberner SP hilft sicher, das Wasser von Splitterparteien, die intellektuell ausgerichtet sind und als Kadergruppe funktionieren, aufzufangen und auf die eigenen Mühlen zu leiten. Die SP als Alternative zum Jungen Bern, dem Landesring, der POCH, der PdA, der Demokratischen Alternative, zu den Anhängern der RML und den Anhängerinnen der FBB?

Um abzuwiegeln hat ein alter Genosse die richtigen Worte gefunden: Schwierigkeiten beim politischen Generationenwechsel hat es schon immer gegeben. Die Summierung aller Minderheitsgrüppchen im föhndurchströmten Bern ist sicher ein Ansatz, aus dem mit der Zeit eine kräftige und bewusste – vor allem wirklichkeitsnahe – SP-Politik einsetzen wird, die nicht nur die Ambiance von Hochschulseminarien wiedergibt.

«Mitarbeit in den Führungsgremien»

Verbittert sehen Genossinnen und Genossen, die 20 Jahre und mehr der Partei treu geblieben sind und sich emporgedient haben, wie sie von Jungen, die drei, fünf, zehn Jahre in der Partei sind, in die Ecke gestellt werden. Wie steht es aber mit den Jungsozialisten der zweiten Generation, welche sich noch nicht am Manna der Macht erquicken können?

Leider scheint die Rekrutierung des Nachwuchses zu stagnieren, soweit die Auskünfte darüber vollständig sind. Die Schaffung eines dauerhaften Unruheherdes Jugend in der Partei ist offenbar schwierig. Auch scheint die Vorstellung, dass Parteiarbeit ein Dienst an der Parteiöffentlichkeit ist, noch nicht überall verbreitet zu sein. Die JUSO Oberaargau polemisierten im Zusammenhang mit dem Abstimmungskampf über das Berufsbildungsgesetz mit einem SMUV-Sekretär. Sie schlossen mit dem Ausruf: «Es wäre sicher falsch zu glauben, dass mit einer Schreibtischtirade gegen den SMUV-Sekretär etwas Grundsätzliches am Verhältnis Gewerkschaftsjugend–Jusos geändert werden könnte. Für uns muss die Losung heissen: Jusos hinein in die gewerkschaftlichen Jugendgruppen, Mitarbeit in den Führungsgremien und Politisierung der Lehrlinge und Jugendarbeiter.»³ Der Führungsanspruch wird also gleich angemeldet.

Die Jungsozialisten sind 1969 als Nachfolgeorganisation der Vereinigung junger Sozialdemokraten mit dem Ziel entstanden, die SP auf Links-

kurs zu bringen. Die Jusos Bern-Stadt umfassen rund 75 Mitglieder und rund 30 Sympathisanten, $\frac{1}{3}$ der Mitglieder sind Frauen, $\frac{2}{3}$ Männer. Die Jusos wollen nicht mehr Wahlmaschinerie sein, nicht einfach zu den Abstimmungsdaten antreten. Sie wollen vor allem Jugendpolitik betreiben.

Undankbare parlamentarische Arbeit

«Kommissionitis» sagt ein älterer Genosse, wenn er von der Grossratsfraktion spricht. Ihr Präsident, René Bärtschi, hat denn auch die Arbeit von Fachausschüssen vorzuweisen, die die politischen Themen für die nächsten vier Jahre zusammenstellen sollten. Zum Katalog gehören: Gesundheitsfragen, Schulfragen, Wohnbaufragen, Justizfragen, Verkehrsfragen – sind die Wahl-Misserfolge nur mit der «Kommissionitis» zu erklären? Als Entschuldigung wird angeführt, dass alle grossen Parteien im Kanton Bern politisch schrumpfen – zugunsten der Splitterorganisationen wie Landesring, Demokratische Alternative und EDU (Eidgenössische Demokratische Union). Das liegt wahrscheinlich an den eindeutigen Mehrheitsverhältnissen und der Lustlosigkeit, mit der jeweils der Berner Souverän zur Urne gerufen wird und zur Urne geht. Selbstkritisch erkennt die Fraktion des Grossen Rates auch, dass eine einseitige Ausrichtung auf die Hochschulpolitik nicht eine neue Wählerschicht gebracht – und eine alte «vertäubt» hat. Warum sich nicht ebenso intensiv um Berufsbildungsfragen – und die Gewerbeschulen kümmern? Auch die Information über die SP-Politik in den Massenmedien wird als mangelhaft bezeichnet.

Im Berner Kantonsparlament spielt die SVP oftmals die erste Geige. Von Fall zu Fall koalitiert die SP mit der FDP in Sachfragen wie der Zuteilung der Wahlkreise und der Einführung eines Ombudsmannes. Man komme aber immer mehr davon ab, «Päckchen zu machen».

Starker Trend zu Regionalismus

Der Kanton Bern war während Jahrzehnten mit der Jurafrage beschäftigt; das ist eine wichtige Tatsache, die man bei der Beurteilung der gegenwärtigen Lage der Partei nicht ausser acht lassen darf. Zweitens spielt die Tatsache, dass Bern Bundeshauptstadt ist, eine Rolle. Viele Vertreter von uns nahestehenden Interessenverbänden und Gewerkschaften werden als Berner Nationalräte gewählt. Bis ins Jahr 1967 wohnten in der Stadt Bern mehr als die Hälfte der gewählten SP-Vertreter im Nationalrat. Das führte zu Unzufriedenheit auf dem Lande; die Regionen wollten auch stärker am politischen Kuchen der Eidgenossenschaft beteiligt werden. Die Partei beschloss, nicht zu Landesteillisten wie bürgerliche Parteien überzugehen und am Prinzip der Einheitsliste für den ganzen Kanton festzuhalten. Doch die Kritik aus den Regionen zeigte dennoch indirekte Erfolge. Bei den Wahlen 1975 in den Nationalrat war die regionale Ausglei- chung mehr vorhanden. Für den Landesteil Oberland ergaben die Wahlen 2 Nationalräte (1967: 2), für das Emmental 1 (1967: 0), den Oberaargau 1 (1967:

2), das Seeland 1 (1967: 0), den Jura 2 (1967: 0) und das Mittelland 4 (1967: 8), davon Stadt Bern 2 (1967: 7).⁴

Durch den kürzlich erfolgten Rücktritt eines Stadtberner Nationalrates folgte als erster Ersatzmann ein weiterer Oberländer in den Nationalrat und durch den Rücktritt eines Seeländers rückte als erster Ersatzmann ein Stadtberner in den Nationalrat vor.

Seit der Abtrennung des Kantons Jura sind im welschen Teil des Kantons Bern die Nationalrats-Wahlchancen für die Genossen gestiegen. Im Kanton Bern, in seinen neuen Grenzen, ist der Wähleranteil der SP (31,84 Prozent) um rund 2,5 Prozent höher als im Kanton Bern in seinen alten Grenzen (29,37 Prozent). 1975 wurde ein Sozialdemokrat des Südjuras durch die Kumulierung auf der gesamtkantonalen Liste in den Nationalrat gewählt. Heute bilden die Sektionen im Südjura zusammen mit den Welschbielern einen eigentlichen Landesteilverband, «Parti socialiste du Jura bernois».⁵

Die nordjurassischen Sozialdemokraten hatten schon 1975 eine eigene Liste aufgestellt; auf ihr wurde ein Genosse gewählt, der nun in den Ständerat als Vertreter des neuen Kantons übergewechselt hat. Sein Nachfolger ist im Kanton Bern wohnhaft und Autonomist. Eine Gruppe von Autonomisten hat auch eine Abspaltung von der Sozialdemokratischen Partei vollzogen.

Wandlungen haben sich im Kanton auch in bezug auf die Volkswahl des Ständerates ergeben. Von 1848 bis 1979 wählte der bernische Grosse Rat die beiden Ständeräte, bisher kam immer einer aus dem Gebiet des Juras. Nun bewirbt sich in der ersten Volkswahl des Ständerates auch die Sozialdemokratische Partei um einen Sitz.

Stabilität in den Mitgliedschaften

1935 hatte die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern 15 264 Mitglieder in 205 Sektionen, 1952 wurde der Mitgliederstand von 19 323 erreicht, 1976, vor der Gründung des Kantons Jura, zählte die Partei 227 Sektionen und 16 757 voll zahlende Mitglieder.^{7 8 9} Im Vergleich zu den Nachkriegsjahren ist ein Absacken unverkennbar. Muss die Partei zu viele Verschiedenheiten unter einen Hut bringen – Verschiedenheiten, die eine soziale Gruppe einfach nicht verkraften kann? Ein Mitglied einer Dorfsektion umschrieb seine ungebrochene Haltung zur SP des Kantons Bern so: «Als Beamter bin ich sesshaft geworden. Da ich mich für soziale Fragen interessierte, erkundigte ich mich beim Herzog in das Dorf bei der Gemeindekanzlei nach dem Namen des Parteipräsidenten der SP, und ich meldete mich bei ihm in die Sektion an. Heute bin ich in Kommissionen tätig. Die SP hat mir viel durch die Mitarbeit in der Dorfpolitik gebracht. Ich habe für die kantonale und eidgenössische Politik unserer Partei oft nicht viel übrig, weil eine handfeste pragmatische Haltung fehlt. Ich habe ein Auto, Kinder, einen Garten, Küngel. Bei mir ist alles daseinsbezogen.»

Angesichts der Stimmung in den Landsektionen war es die Mühe der Frauenbewegung wert, lange vor der Einführung des Frauenstimmrechts Frauengruppen auf dem Land zu gründen, um den Frauen die Schwellenangst vor der Politik zu nehmen. Berner Frauen ist bisher der Einzug in den Nationalrat verwehrt geblieben.

Mit Stützpunkten auf dem Land, den Sektionen, in grossen Gemeinden den Gesamtparteien, den Amtsverbänden und den Landesteilverbänden strebt die sozialdemokratische Bewegung einem neuen Morgen entgegen. Da auch die Tageszeitung «Berner Tagwacht» den Anschein des Aufschwunges gibt, dürften sich all die Wandlungen in der Gesellschaft und in der kantonalen Politik mittel- bis langfristig positiv auf unsere Bewegung auswirken.

¹ GL-Bericht der Sitzung vom 6. November 1918.

² «Der Bund», 7. April 1979, Seite 25.

³ Infrarot Nr. 35/1978, Seite 12.

⁴ SP Kt. Bern: Im Vorfeld der NR- und SR-Wahlen 1979, 31. Januar 1979.

⁵ SP Kt. Bern: Arbeitspapier «Die regionale Gliederung der Bernischen SP», 1. März 1977.

⁶ SP Kt. Bern: Arbeitspapier «Zu den Wahlchancen der Frau».

⁷ SP Kt. Bern, Jahresbericht 1935.

⁸ SP Kt. Bern, Jahresbericht 1955, Seite 7.

⁹ SP Kt. Bern, Jahresbericht 1976.